

An die Regierung anlässlich des 17. Juni 2023

Verwirklichung von Frieden, Freiheit und Demokratie

Kritik und Misstrauen des Souveräns

Wir Teilnehmer des Tages für Frieden und Freiheit - am 70. Jahrestag des Volksaufstandes in der DDR - wenden uns direkt an unsere Regierung in Berlin -

gemäß Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland.

Wir sind in Aufregung und großer Sorge über die gegenwärtige Situation Deutschlands.

Die gegenwärtige Politik der Koalitionsregierung ist sowohl innerhalb als auch außerhalb Deutschlands nicht länger tragbar. Wir, die versammelten Menschen aus Dresden und Umgebung, und die in bester demokratischer Tradition Unterzeichnenden, werden alles für die folgenden Ziele friedlich und gewaltfrei unternehmen, um mit dem Geist des Grundgesetzes unser gemeinsames Leben zu gestalten. Wir sehen uns als Teil aller Menschen, die ihr Schicksal selbst bestimmen wollen.

Überarbeitung der Grundziele unserer Gesellschaft

Über dem Koalitionsvertrag der jetzigen SPD-GRÜNE-FDP-Regierung steht MEHR FORTSCHRITT WAGEN. Diesen sogenannten FORTSCHRITT erleben wir

- in mehr Bürokratie und Gängelung der Menschen in unserem Land und in Verkomplizierung aller Lebensbereiche, in Willkür durch Eingriffe der EU und Abnicken der übergestülpten Verschlimmbesserungen im Bundestag,
- in Verteuerung unseres Lebens durch kriegerische Unterstützung der Ukraine und der US-amerikanischen Machtpolitik mit vielen Milliarden Euro, Waffen und Militärtechnik. Wir zahlen den Unterhalt der vielen US-Militärbasen in unserem Land, die Ausbildung von Kriegern aus internationalen Kriegsgebieten, alle Manöver wie AD23, um die Zerstörung Russlands zu üben, und auch durch die Zerstörung unserer Pipelines in der Ostsee.
- Wir nehmen all das hin, nur zum Vorteil des militärisch-industriellen Komplexes und der US-amerikanischen, russischen und saudischen Fossil-Energie-Förderer.

Wir werden den FORTSCHRITT in demokratischen Gesprächen für uns neu bestimmen - für ein friedliches, freundliches, lebenswertes Leben.

Unter der Überschrift des jetzigen Koalitionsvertrages steht die Unter-Überschrift BÜNDNIS FÜR FRIEDEN, FREIHEIT UND NACHHALTIGKEIT. Wir fragen: Was bedeuten diese schönen Worte im Leben unter der Regierungsverantwortung der Koalition? Wessen Freiheit? Gerechtigkeit für wen? Unfreiheit für wen? Ungerechtigkeit gegenüber wem? Nachhaltig gelebt werden kann nicht unter dem Diktat einer einzigen Kennziffer, der Emission von CO₂ aus fossilen Brennstoffen.

FRIEDEN erwächst aus Kommunikation, Zuhören, Gespräche mit dem Ziel des gegenseitigen Verstehens, des Wachsens von Vertrauen ineinander und aktive, gemeinsame Gesellschafts-Gestaltung. Frieden erfordert die Abwesenheit von Gewalt. Wir stehen zu friedlicher Kooperation ohne Gewalt, ohne Misstrauen und Täuschung. So wie wir in unseren persönlichen Beziehungen ein friedliches Miteinander praktizieren, möchten wir das auch auf kommunaler, föderaler und internationaler Ebene erreichen.

In der Corona-Zeit erfuhren wir persönliche Einschränkungen unserer FREIHEIT durch staatliche Maßnahmen. Die Gründe für die erlittene Willkür sind bis heute nicht aufgearbeitet, und Corona als Geschichte ist bis heute unklar, unverstanden und demokratisch nicht geklärt worden. Es droht erneut große Willkür durch die Aktivität der WHO und ihrer Finanziers, und in der Folge durch die EU und die deutsche Regierung, die den Willen des Souveräns nicht achten. Eine globale Minderheit der reichsten Einzelpersonen macht sich auf, für alle Menschen eine digitale Gesundheits-, Seuchen- und Katastrophen-Diktatur zu errichten, wenn wir sie nicht daran hindern. Wir stehen für ein Gesundheitssystem auf lokaler, kooperativer Basis und solidarischer Finanzierung, in dem der gesunde und kranke Mensch im Mittelpunkt steht und nicht die Interessen von Finanz- und Versicherungsimperien. Wir wollen die Abschaffung der WHO und statt dessen für alle Menschen föderal vernetzte Finanzierung und Steuerung der Gesundheits-, Sozial- und Bildungseinrichtungen. Wir stehen dafür, eine globale Gesundheits- und Pharmadiktatur zu verhindern.

Wir wollen statt der heutigen Wirtschaft, die vor allem die Maximierung der Profite privater Eigentümer und weiteres Wachstum des BIP beinhalten, statt dessen wollen wir NACHHALTIGKEIT, mit der alle Reichtümer dieser unserer Erde sparsam und pfleglich behandelt werden für ein gutes Leben in Würde.

Deutschland - ein Staat ethnischer Minderheiten. Wir wollen den ZUZUG AUS DEM AUSLAND einschränken bei strenger Gewährleistung des Asylrechts für verfolgte Menschen unter Wahrung ihrer Würde.

Wir streben nach einem vollumfänglichen Regierungsprogramm von unten. Dazu müssen wir freie Gespräche mit allen Menschen führen können, ohne Vorverurteilung und Zensur der Inhalte und Personen. Föderalismus, freie Rede und Zuhören und Nachdenken. Wir wollen die Demokratie aus ihrer Verengung auf Wahlen holen und neue Formen der Demokratie wagen, die allen Menschen Selbstverwirklichung und Mitbestimmung auch in Sachfragen ermöglicht. Diese Veränderungen können nur wir selbst bewirken.

Angesichts der genannten Missstände und auch der Not fragen wir, ob es nicht besser ist, dass sich diese Regierung auflöst und Neuwahlen ausruft.